

Manager wollen neue Technik

- aber bitteschön nicht an ihrem eigenen Arbeitsplatz

Führungskräfte aus Wirtschaft und Verwaltung sind für einen massiven Einsatz von Computern - im eigenen Büro wollen sie davon aber nichts wissen. Zu diesem Ergebnis kam jetzt Prof. Dr. Detlef Müller-Böling von der UniDO in einer umfangreichen Untersuchung über das Verhältnis von Topmanagern zu neuen Techniken der Informationsverarbeitung und Datenübertragung. In seiner von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Studie befragte der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler knapp 1500 Manager aus unterschiedlichen Branchen nach ihrem Arbeitsalltag, ihrer Einstellung zum Computereinsatz und ihrem eigenen Umgang mit Personal-Computern und anderen modernen Techniken zur Informationsverarbeitung. Danach schätzen Manager den Einsatz neuer Techniken erheblich positiver ein als zum Vergleich befragte Architekten und Studenten. Insgesamt 82% sahen keinerlei Zusammenhang zwischen der raschen Ausbreitung der Mikroelektronik und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit, während es bei den Architekten lediglich 55% und bei den Studenten der Wirtschaftswissenschaften sogar nur 26% waren. Daß es noch ohne den Einsatz moderner Technik in der eigenen Firma geht, kann sich in den Führungsetagen fast niemand mehr vorstellen: nur 5% der Topmanager würden, wenn sie könnten, darauf verzichten. Im eigenen Büro sind Computer-Bildschirme aber nur höchst selten zu finden. Weniger als 30% bedienen selbst die Tastatur eines Terminals, und nur 4% benutzen die elektronische Post zur Datenfernübertragung. Noch unbeliebter im Spitzenmanagement sind Videokonfe-

renzen. Sie werden nur von einem Prozent der Befragten genutzt. Daß solche Technikfeindlichkeit kein bundesdeutsches Phänomen ist, zeigen laut Professor Müller-Böling auch ähnliche Studien aus Skandinavien und den USA. So haben von den 500 meistverdienenden Managern der USA nur 59 einen eigenen Bildschirm im Büro. Ein Grund für die geringe Akzeptanz neuer Kommunikations- und Informationstechniken liegt nach den Ergebnissen der Untersuchung von Müller-Böling darin, daß die Spitzenmanager zu wenig darüber wissen. Dies erklärten immerhin fast zwei Drittel der Befragten. Und auch mit der Tastatur einer Schreibmaschine oder eines modernen Telefons sind die meisten überfordert. Bildschirmarbeit gilt unter Führungskräften als minderwertige Schreibarbeit. Immerhin mehr als 30% sehen es nicht als ihre Aufgabe an, einen Computerterminal zu

bedienen. Dazu, so der Dortmunder Professor, käme die Angst vor einem Prestigeverlust und einer Blamage, wenn der Chef selbst die Tastatur bedient und es gerade in der Anfangszeit mit der Technik nicht so klappert. "Insgesamt ist die Auseinandersetzung von Führungskräften mit den Informations- und Kommunikationstechniken völlig unzureichend", lautet die Schlußfolgerung von Müller-Böling. "Führungskräfte verlangen von ihren Mitarbeitern und ihren Kunden daß sie die modernen Techniken akzeptieren, tun es selbst aber nicht. Deshalb haben sie auch viel zu hohe Erwartungen, was ein Rechner alles kann." Die Studie wird im Januar 1990 im Oldenbourg Verlag, München/Wien, unter dem Titel "Informations- und Kommunikationstechniken für Führungskräfte - Topmanager zwischen Technikeuphorie und Tastaturphobie" veröffentlicht.

cher Bericht über seinen Streit mit der Gewerkschaft. Nicht ohne Grund: Röken mochte im Kanzler-Alltag nicht gern in der Zeitung erwähnt sein, so daß er nur dann zum Thema wurde, wenn Ungewöhnliches geschah oder er sich selbst in der Öffentlichkeit zu Wort meldete. Prof. Dr. Holger Bonus, von Dortmund zur Uni Münster gegangen, schloß die Festreden mit einem Vortrag über "Norm und Recht aus ökonomischer Sicht" ab. Insgesamt zeichnete die harmonisch-musikalisch umrahmte Feier das Bild eines Mannes, dem nach fast 25 Jahren an der Spitze der Universitätsverwaltung ein hohes Pflichtbewußtsein nachgesagt wird: In die Pflicht genommen fühlte er sich dabei immer zuerst von den Normen des Rechts und der Verwaltung. Röken machte im Dienst kein Hehl daraus, daß ihm eine gewisse Unbeugsamkeit und Distanz als Tugend erschien. Die Ebene, auf der Mitarbeiter ihren Chef als einen Pfundskerl akzeptieren und achten, wäre ihm gewiß als arge Kumpanei vorgekommen, die im zuwider war. So wundert es nicht, daß viele seiner früheren Mitarbeiter, die Röken gerühmte Unbeugsamkeit nicht so sehr mit Bewunderung, sondern auch mit Frust wahrnahmen, zum Abschied des ersten Kanzlers nicht erschienen.

re einget
Ko
mit
Einen Ko
der Fachl
und Rehr
rufsbildu
Dortmun
ander ges
Schmetz
Dr. Röhr
einbarun
ein ergiel
Der Koo
Ergebnis
Zusamme
steht der
Austausc
die Theor
chen Rehr
derten u
Dabei ge
Themenb
Förderun
Entwickl
lizifizieru
förderung
von Juger
wachsene
Therapie
und musi
Der Vertr
Je 6 Mitg
bilden ein
gemeinsa
und durc

Grundordnung kam von Düsseldorf mit Auflagen

Noch einmal muß sich der Konvent mit der neuen Grundordnung der Universität Dortmund befassen. Das Wissenschaftsministerium hat die Ende des Sommersemesters von der Hochschule verabschiedete Neufassung mit einer Reihe von Auflagen und Anregungen gebilligt, so daß sie nur in Kraft treten kann, wenn die Universität ihre Satzung noch einmal "nachbessert". Der Senat hat am 12. Oktober in einer Sondersitzung seine Hausaufgaben erledigt: Er akzeptierte die Auflagen aus Düsseldorf und nahm einige Anregungen in seinen Vorschlag auf.

Zum Senatsvorschlag muß nun der Konvent Ja oder Nein sagen. Zu den Punkten, die dem Ministerium nicht genehmigungsfähig erschienen, gehörte eine Regelung, nach der Fachbereiche mit weniger als neun Professoren einen gegenüber dem Normalfall verkleinerten Fachbereichsrat erhalten sollten. Das Ministerium machte deutlich, daß in diesem Fall eine Neuordnung des Fachbereichs erfolgen muß, so daß die gesetzlich vorgesehene Mindestgröße erhalten bleibt. Die kritische Grenze von nur neun Professorenstellen ist im Fachbereich Statistik gegeben. Sein Bestand ist

allerdings, so wurde im Senat deutlich, nicht gefährdet, wenn einzelne der Dauerstellen vorübergehend nicht besetzt sind. In diesem Fall kann per Wahlordnung der Fachbereichsrat für die Dauer der Vakanz angemessen verkleinert werden. Die Ministerialbeamten ließen bei ihrem Erlaß zur Grundordnung erkennen, daß sie die abschließende Zustimmung der UniDO nicht erschweren wollen: So hielten sie zwar eine von den Frauen in der Hochschule mit Nachdruck erstrittene Formulierung, nach der die Frauenbeauftragte und ihre Stellvertreterinnen im Umfang einer

Vollbeschäftigung von den sonstigen Dienstaufgaben entlastet werden soll, für nicht genehmigungsfähig. Sie gaben aber zu Protokoll, daß eine solche dienstrechtliche Regelung, die allein der Kanzler vornehmen dürfe, auch das Einverständnis des Ministeriums fände. Kanzler Dr. Anderbrügge erklärte im Senat grundsätzlich seine Zustimmung zu einer solchen Freistellung. Breiten Raum nahm im Senat die Diskussion über die Kompetenzen und Funktionen von Rektors- und Senatsaufbeauftragten ein. Betont wurde zwar von Seiten des Rektors, daß das Mandat der von ihm

Beauftra
lediglich
sen könn
reich des
Wunsch
ordnung,
genkomp
noch ein
Dem Kor
nung in
modifizie
ber vorlie
die notw
einer ras
rückwirk
Veröffent
senschaft